

Politische Abteilung II  
p.B.75.21.-LOB

Bern, den 8. Oktober 1993

## GESPRAECHSNOTIZ

### **Meinungsaustausch zwischen Vertretern des schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes und Staatssekretär Kellenberger, 8. Oktober 1993.**

Im Beisein von Botschafter Reimann und von Unterzeichnetem empfing Staatssekretär Kellenberger (KE) auf deren Wunsch Dr. Rudolf Bloch (B), Martin Rosenfeld sowie Dr. Sigmund Feigel zu einem Gespräch. Ersterer ist Präsident und Herr Rosenfeld Generalsekretär des Israelitischen Gemeindebundes.

Nach Begrüssungsworten von KE und Dankesworten von B stellte letzterer vorerst den Gemeindebund vor. Der 1907 gegründete Bund ist die offizielle Vertretung der ca. 18'000 Juden in der Schweiz, deren Interessen er wahrnimmt. Er befasste sich früher mit dem Schächtverbot, heute u.a. mit dem Import von koscherem Fleisch, mit Antisemitismus-, Antirassismus- und mit Flüchtlingsfragen. Er interessiert sich v.a. für Innenpolitik, ist sich jedoch bewusst, dass auch die Aussenpolitik Auswirkungen auf seine Tätigkeit hat, wie z.B. das Image Israels auf die Juden in der Schweiz.

B begrüsst die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten und bittet KE um deren Erörterung aus offizieller schweizerischer Sicht.

KE kommt diesem Wunsch gerne nach und führt -unter dem Siegel der Vertraulichkeit- nachfolgendes aus. Der Bundesrat hat auf den Durchbruch im Friedensprozess im Nahen Osten rasch und positiv reagiert, womit er die Bedeutung unterstrich, die er ihm beimisst. Die Schweiz gehörte zu den Ländern, die sehr rasch konkrete und quantifizierte Hilfszusagen gemacht haben. Mit einem zugesicherten Betrag von 60 Mio. Fr. über 5 Jahre gehört sie -gemessen an der Einwohnerzahl- zu den grösseren Gebern. Zur Sicherung des Friedens in diesem Gebiet bedarf es in wirtschaftlicher sowie in politischer Hinsicht einer starken Unterstützung seitens der internationalen Staatengemeinschaft.

Die schweizerische Hilfe ist sowohl für den Gasastreifen und für die Westbank, als auch für eine regionale Zusammenarbeit gedacht. Wichtig ist für uns die politische Koordination, damit Doppelspurigkeiten vermieden werden können. Sie sollte in der Gruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen des multilateralen Friedensprozesses bewerkstelligt werden, wie es übrigens in Art. 16 des "Gasa-Jericho-First"-Abkommens festgehalten wird. Über die am Treffen in Washington vom 1. Oktober 1993 geschaffene "groupe de liaison" herrscht im Moment noch Unklarheit. Ebenfalls für wichtig erachten wir die Ausarbeitung von guten Projekten. Es besteht der politische Wille, gewisse Projekte rasch in Angriff zu nehmen.



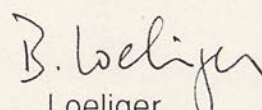
Ein erheblicher Teil der Hilfsgelder wird über multilaterale Kanäle fliessen, wie z.B. über die Weltbank oder über die UNRWA. Wir werden aber auch bilaterale Hilfe leisten. Wie wir wissen, verfügt die EG über eine ganze Reihe guter Projekte für dieses Gebiet, z.B. im Wohnungsbau, im Schulwesen, für industrielle Entwicklung, im Bereich der Infrastruktur (Trink- und Abwasserversorgung). Wir beabsichtigen, bis zum nächsten Treffen der Arbeitsgruppe "wirtschaftliche Entwicklung", das vom 8.-9. November 1993 in Kopenhagen stattfinden wird, Vorschläge für schweizerische Projekte bereit zu haben.

Was die Arbeitsteilung im EDA bezüglich der Hilfe an die Region des Nahen Ostens anbelangt, so erläutert KE, dass die Politische Direktion die Verantwortung für die von der Schweiz im Nahen Osten verfolgte Politik trage, während die konkrete Durchführung der Projekte der DEH obliege, die auch über den Kredit verfüge.

B unterstrich, dass der Gemeindebund unabhängig und nicht das Sprachrohr Israels sei. Einem Gefühl der Schweizer Juden Ausdruck gebend meinte er, dass es relativ lange gedauert habe, bis sich der Bundesrat zu einer Reaktion auf den Durchbruch im nahöstlichen Friedensprozess entschlossen habe. KE hielt dem entgegen, dass es nur sehr wenige Staaten gegeben habe, die auf Regierungsebene rascher eine positive und konkrete Stellungnahme abgegeben hätten.

B gab auch einem gewissen Unbehagen in der jüdischen Gemeinde der Schweiz Ausdruck, wonach für die PLO -z.B. Eröffnung eines Büros in Bern- mehr getan werde als für Israel. KE legte diesbezüglich dar, dass wir der PLO gegenüber bisher sehr zurückhaltend gewesen seien und nun einen gewissen Nachholbedarf hätten. Mit Israel seien die Beziehungen dagegen nach wie vor sehr intensiv.

B brachte das Gespräch auch auf das Thema arabischer Boykott, der sich wirtschaftlich auch auf die Schweiz -einschliesslich auf seine Firma Camille Bloch- ausgewirkt habe. Er hätte seine diesbezüglichen Sorgen schon früher dem Departement zur Kenntnis gebracht, sei indessen auf wenig Verständnis gestossen. Ob man nicht etwas gegen diesen Boykott tun könnte? KE antwortete "inoffiziell", dass wir für dieses Anliegen Verständnis hätten und uns dieser Frage annehmen würden: nächste Woche gebe es z.B. darüber eine Sitzung.

  
Loeliger



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

CK 12 Okt. 93 18

Schweizerische Botschaft  
Tel Aviv

Ihr Zeichen  
Votre référence

Ihre Nachricht vom  
Votre communication du

Unser Zeichen  
Notre référence

Datum  
Date

p.B.75.21.-LOB/PEM

12.10.93

Gegenstand:  
Objet:

Gesprächsnotiz

Sie erhalten beigeschlossen zu Ihrer Information eine von meinem Mitarbeiter Loeliger angefertigte und von Staatssekretär Kellenberger genehmigte Notiz über einen Meinungsaustausch zwischen Vertretern des schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes und Staatssekretär Kellenberger vom 8. Oktober 1993.

Politische Abteilung II

  
H. Reimann
**Kopie:**

- Sekretariat BRC
- Sekretariat KE
- FWA, DY, RX, AMA, LOB

CK 12 Okt. 93 18